

EU-Nachrichten 17 2014

KURZ & KNAPP

Bürokratieabbau 3

Stoiber legt erfolgreichen Abschlussbericht seiner Expertengruppe vor

IM FOKUS

Gasversorgung 4

EU fürchtet keine Lieferausfälle im Winter

Kampf gegen Ebola 5

EU-Staaten wollen ihre Bevölkerung schützen

BARROSO ZUM EU-GIPFEL

EU soll Vorreiter beim Klimaschutz bleiben

Bei ihrem Gipfeltreffen am 23. und 24. Oktober geht es den EU-Staats- und Regierungschefs hauptsächlich darum, sich auf die Ziele der Klimaschutz- und Energiepolitik bis 2030 zu einigen. Die EU-Kommission hat etwa vorgeschlagen, den CO₂-Ausstoß bis dahin um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken. Bis 2020 ist eine Minderung um 20 Prozent fest vereinbart. Der scheidende EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte in seiner Abschiedsrede vor dem Europaparlament, er sei stolz, dass die EU während seiner zehnjährigen Amtszeit weltweit beim Klimaschutz vorangegangen sei.

„Ich hoffe, dass die Europäische Union ihre führende Rolle behalten wird“, sagte Barroso mit Blick auf den Gipfel. Nicht um isoliert dazustehen, sondern um andere zum Mitmachen zu bewegen, „weil wir Verantwortung für unseren Planeten tragen“, so Barroso weiter.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-707_en.htm



Europaparlamentspräsident Martin Schulz überreicht Jean-Claude Juncker die Bestätigung für die Wahl der Kommission.

JUNCKER-KOMMISSION VOM EUROPAPARLAMENT GEWÄHLT

Herausforderungen jetzt rasch anpacken

Seine Mannschaft steht, jetzt will der künftige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker keine Zeit verlieren und mit der Arbeit für die Menschen in der Europäischen Union beginnen. „Die Probleme Europas können nicht auf die lange Bank geschoben werden“, sagte er bei der Abstimmung über das Kommissionsteam im Europäischen Parlament.

> Die neue Kommission hat 423 der 699 abgegebenen Stimmen bekommen. Damit kann sie ihr Amt wie geplant am 1. November antreten, nachdem der Europäische Rat die Ernennung formal bestätigt hat. „Große Herausforderungen warten“, sagte Juncker. „Es ist an uns, die Handschrift des Europäischen Sozialmodells bei allem unserem Tun und Handeln deutlich sichtbar zu machen. Denn Europa ist das Schutzschild für alle, die diesen wunderbaren Kontinent ihre Heimat nennen.“

Zu den großen Herausforderungen zählte der künftige Kommissionspräsident die, die durch äußere Krisen, etwa in der Ukraine, in Syrien,

im Nahen Osten oder Nordafrika entstehen. Beim Umgang mit Flüchtlingen müsse Solidarität mit der Forderung nach sicheren Grenzen in Einklang gebracht werden. Auch auf gesundheitsbedrohende Epidemien wie Ebola und auf den Klimawandel müssten Antworten gefunden werden. Zu den ersten gesetzgeberischen Aktivitäten würden solche gehören, die es ermöglichen sollen, das Potenzial des „riesigen digitalen Binnenmarkts“ zu nutzen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen und eine Energieunion aufzubauen, durch die Europa im weltweiten Wettbewerb besser bestehen könne, kündigte Juncker an.

>> Investitionspaket bis Weihnachten

Außerdem werde sein Team sofort nach dem Amtsantritt „Tag und Nacht daran arbeiten“, das von Juncker bereits bei seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten im Juli angekündigte Investitionspaket von 300 Milliarden Euro vorzubereiten. Bis Weihnachten werde das Paket fertig sein. „Das ist kein loses Versprechen, sondern eine feste Zusage“, sagte Juncker. Er will den Trend zu immer weniger Investitionen in der EU umdrehen. Diese seien seit 2007 um knapp 500 Milliarden Euro oder 20 Prozent zurückgegangen. Die Investitionslücke müsse in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europaparlament geschlossen werden. „Ich glaube nicht an Wunder – es gibt keinen magischen Knopf in Brüssel, auf den wir bloß zu drücken brauchen, und schon ist das Wachstum da. Strukturreformen, finanzpolitische Glaubwürdigkeit und Investitionen müssen auf nationaler und auf EU-Ebene Hand in Hand gehen“, sagte Juncker.

Juncker unterstrich, seine Kommission werde nicht akzeptieren, „dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird“. Solche Klagemöglichkeiten für Investoren sind umstritten und werden besonders im Zusammenhang mit den laufenden Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA diskutiert. Einige Europaabgeordnete hatten nach der Anhörung der künftigen Handelskommissarin Cecilia Malmström verlangt, Juncker solle seine Haltung zu den Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen (ISDS) nochmals deutlich machen.

Einige Ressorts wurden verändert

Um Bedenken des Europäischen Parlaments Rechnung zu tragen, hatte Juncker sein Team ein wenig umgebildet. Für die vom Parlament abgelehnte Slowenin Alenka Bratušek hatte die Regierung in Ljubljana Violeta Bulc nominiert. Dieser teilte Juncker das Verkehrsressort zu, ohne den Fachbereich Raumfahrt, der von der Industrie- und Binnenmarktkommissarin Elzbieta Bińkowska betreut werden soll. Der ursprünglich für Verkehr und Raumfahrt vorgesehene Slowake Maroš Šefčovič wird nun Vizepräsident der Kommission für die Energieunion und besetzt damit den Posten, der Bratušek zugedacht war. Bulc und Šefčovič wurden innerhalb weniger Tage vom Parlament angehört und als geeignet befunden.

Eine weitere Änderung ist, dass Junckers „rechte Hand“ Frans Timmermans, der Erste Vizepräsident der Kommission, zu seinen Aufgaben auch noch die Verantwortung für nachhaltige Entwick-

DIE MITGLIEDER DER NEUEN EU-KOMMISSION

> Funktion	> Name	> Parteienfamilie	
Präsident	Jean-Claude Juncker	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	LU
Erster Vizepräsident (bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechtecharta, nachhaltige Entwicklung)	Frans Timmermans	Sozialisten und Sozialdemokraten	NL
Vizepräsidentin (Haushalt und Personal)	Kristalina Georgieva	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	BG
Vizepräsident (Energieunion)	Maroš Šefčovič	Sozialisten und Sozialdemokraten	SK
Vizepräsident (Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit)	Jyrki Katainen	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	FI
Vizepräsident (Euro und sozialer Dialog)	Valdis Dombrovskis	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	LV
Vizepräsident (Digitaler Binnenmarkt)	Andrus Ansip	Liberale	EE
Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik	Federica Mogherini	Sozialisten und Sozialdemokraten	IT
Kommissarin f. Justiz, Verbraucher und Gleichstellung	Věra Jourová	Liberale	CZ
K. f. die digitale Wirtschaft und Gesellschaft	Günther Oettinger	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	DE
K. f. Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll	Pierre Moscovici	Sozialisten und Sozialdemokraten	FR
K. f. Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität	Marianne Thyssen	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	BE
K. f. Regionalpolitik	Corina Crețu	Sozialisten und Sozialdemokraten	RO
K. f. Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen	Johannes Hahn	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	AT
K. f. Migration, Inneres und Bürgerschaft	Dimitris Avramopoulos	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	GR
K. f. Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	Vytenis Andriukaitis	Sozialisten und Sozialdemokraten	LT
K. f. Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion	Jonathan Hill	Europäische Konservative und Reformisten	UK
K. f. Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum, Weltraum	Elzbieta Bińkowska	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	PL
K. f. Klimapolitik und Energie	Miguel Arias Cañete	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	ES
K. f. internationale Zusammenarbeit und Entwicklung	Neven Mimica	Sozialisten und Sozialdemokraten	HR
K. f. Wettbewerb	Margrethe Vestager	Liberale	DK
K. f. Verkehr	Violeta Bulc	Liberale	SI
K. f. Handel	Cecilia Malmström	Liberale	SE
K. f. Umwelt, Meerespolitik und Fischerei	Karmenu Vella	Sozialisten und Sozialdemokraten	MT
K. f. Bildung, Kultur, Jugend und Sport	Tibor Navracsics	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	HU
K. f. Forschung, Wissenschaft und Innovation	Carlos Moedas	Sozialisten und Sozialdemokraten	PT
K. f. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Phil Hogan	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	IE
K. f. humanitäre Hilfe und Krisenmanagement	Christos Stylianides	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	CY

lung bekommt, auf deren Verwirklichung er in den einzelnen Fachressorts achten soll. „Nachhaltigkeit und ökologische Belange sind unseren Bürgerinnen und Bürgern wichtig“, sagte Juncker. Für Arzneimittel und pharmazeutische Erzeugnisse bleibt weiter die Generaldirektion Gesundheit zuständig und nicht, wie zunächst geplant, die Industrie- und Binnenmarktkommissarin.

Zudem wird der Ungar Tibor Navracsics für die Bereiche Bildung, Kultur, Jugend und Sport, aber nicht für den Bereich „Bürgerschaft“ zuständig sein. Dagegen hatte es im Europaparlament wegen Navracsics' Mitwirkung an den umstrittenen ungarischen Mediengesetzen Bedenken gegeben.

Um „Bürgerschaft“ wird sich nun der Kommissar für Migration und Inneres, Dimitris Avramopoulos, kümmern. Martin Schulz (SPD), der Präsident des Europäischen Parlaments, gratulierte der neuen Kommission zu ihrer Wahl und wünschte ihr viel Erfolg. „Die neue Europäische Kommission nimmt ihre Tätigkeit unter guten Voraussetzungen auf“, sagte Schulz: „Ihr Präsident genießt die größtmögliche Legitimation. Heute wurde sein Kollegium von einer überwältigenden Mehrheit des Parlaments gewählt, und seine eigene Ernennung ist das unmittelbare Resultat des Ausgangs der Europawahlen.“ (frh) >

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12793_de.htm

ABSCHLUSSBERICHT DER STOIBER-GRUPPE ZUM BÜROKRATIEABBAU

„Unumkehrbarer Reformprozess“ in Gang gesetzt

Sieben Jahre Bemühungen um Bürokratieabbau haben in der EU-Politik zu einem „unumkehrbaren Reformprozess“ geführt. Dieses Fazit zogen EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Stoiber legte den Abschlussbericht einer von ihm geleiteten Expertengruppe vor, deren Auftrag es war, die Kommission bei der Suche nach überflüssigen Gesetzesvorgaben zu beraten. Dabei seien die Ziele übertroffen worden, betonte Stoiber.

Statt angepeilter 31 Milliarden habe man Einsparungen von über 33 Milliarden Euro für die Unternehmen erreicht. Die Entlastung deutscher Unternehmen bezifferte Stoiber auf vier Milliarden Euro. Er erinnerte daran, dass ein Drittel der Bürokratiekosten durch ineffiziente Umsetzung europäischen Rechts auf der nationalen Ebene aufgelaufen sei.

„Das muss man bekannt machen, damit nicht nur Brüssel mit dem Problem etikettiert wird“, sagte Stoiber. „Damit die Europäische Union glaubwürdig bleibt, muss sie ihre Maßnahmen auf die Themen konzentrieren, die am besten auf europäischer Ebene angegangen werden können. Gleichzeitig muss sie dafür sorgen, dass das EU-Recht schlanker, einfacher und kostengünstiger wird“, beschrieb Barroso die Aufgaben der künftigen EU-Kommission. Die Grundlagen dafür seien beim Bürokratieabbau in den vergangenen sieben Jahren gelegt worden.

■ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12762_de.htm



EINSATZ DES ESF IN DEUTSCHLAND

Kommission billigt Prioritäten und Ziele

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland durch Geld aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nimmt konkrete Formen an. Die EU-Kommission hat das „Operationelle Programm“ des Bundes für den Einsatz des ESF bis 2020 gebilligt. Darin ist beschrieben, wofür die verfügbaren Gelder von 4,8 Milliarden Euro (davon mehr als 2,6 Milliarden Euro aus dem ESF) vorrangig ausgegeben werden sollen. „Ich stelle mit Befriedigung fest, dass Deutschland besonderes Augenmerk auf die Erleichterung des Übergangs benachteiligter junger Menschen von der Schule zur Arbeit, die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei der Wiederaufnahme einer Arbeit und die Förderung der sozialen Integration legt“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissar László Andor.

Das operationelle Bundesprogramm für den ESF wird durch 16 Regionalprogramme ergänzt, in denen die speziellen Bedürfnisse der Bundesländer berücksichtigt sind. Im Mai hatte die Kommission bereits eine Partnerschaftvereinbarung mit Deutschland über den Einsatz der Milliarden aus allen EU-Struktur- und Investitionsfonds von 2014 bis 2020 abgeschlossen. Der ESF ist ein wichtiger Bestandteil dieser Fördermittel.

■ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1183_de.htm

NATIONALE HAUSHALTSPOLITIK

Defizit der Euroländer bleibt unter der Maastricht-Grenze

Die Staaten der Eurozone haben 2013 im Durchschnitt ein Haushaltsdefizit von 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgewiesen und sind damit unter der vom Maastricht-Vertrag für die einzelnen Länder festgelegten Obergrenze von drei Prozent geblieben. 2012 lag das Defizit noch bei 3,6 Prozent, teilte das EU-Statistikamt Eurostat mit. Im Durchschnitt aller EU-Staaten sank das Defizit von 4,2 auf 3,2 Prozent. Die durchschnittliche Gesamtverschuldung der Euroländer stieg von 89 Prozent auf 90,9 Prozent, die der EU-Staaten von 83,5 auf 85,4 Prozent.

Deutschland (+0,1 Prozent) und Luxemburg (+0,6 Prozent) sind die zwei EU-Länder, die 2013 einen Haushaltsüberschuss verbuchen konnten. Das größte Defizit entstand in Slowenien (14,6 Prozent), dahinter folgen Griechenland (12,2 Prozent), Spanien (6,8 Prozent) und Großbritannien (5,8 Prozent). Die höchste Gesamtschuldenquote trägt Griechenland mit 174,9 Prozent, die wenigsten Schulden hat Estland (10,1 Prozent). Der deutsche Schuldenstand sank von 2012 bis 2013 von 79,0 auf 76,9 Prozent, liegt aber weiter über der Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP. Eurostat ermittelte die Daten erstmals nach einer neuen statistischen Methode. Die alten Berechnungsvorschriften stammten von 1995.

■ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12792_de.htm

EU-BANKENABGABE

Ausnahmen für Sparkassen vorgesehen

Die EU-Kommission will kleineren Geldhäusern wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei der europäischen Bankenabgabe entgegengekommen. Sie sollen bis zu einer bestimmten Größe nur eine geringe Pauschale an den Rettungsfonds überweisen, der im Notfall straukelnde Banken retten soll, heißt es im Vorschlag zu den Durchführungsvorschriften zum EU-Bankenabwicklungsrecht. Die Vorschriften treten in Kraft, wenn ihnen EU-Staaten und Europäisches Parlament nicht widersprechen. „Der Rechtsakt berücksichtigt, dass kleine Institute im Allgemeinen kein großes Risikoprofil haben und häufig weniger systemrelevant sind als große Institute“, argumentierte die Kommission. Für 90 Prozent der Beiträge sollen die Großbanken aufkommen.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zeigte sich erfreut über die Vorschläge. Mit der Bankenabgabe füllen die Banken der Eurozone den gemeinsamen Rettungsfonds auf, der ab 2016 startet und in acht Jahren mit 55 Milliarden Euro gefüllt sein soll. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte den deutschen Anteil einmal mit rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Die EU habe hart daran gearbeitet, dass „nicht die Steuerzahler, sondern die Banken selbst zahlen müssen, wenn sie in Schwierigkeiten geraten“, beschrieb EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier das Ziel der Regelung.

■ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1181_de.htm

Eine solidarische EU muss Lieferausfälle im Winter nicht fürchten



In einem „Stresstest“ hat die EU-Kommission untersucht, was passieren würde, wenn die EU im Winter sechs Monate kein Gas aus Russland bekäme.

Wenn die EU sechs Monate lang keine Gaslieferungen aus Russland bekäme, würde das zwar einige Mitgliedstaaten vor Probleme stellen, doch niemand müsste frieren. Ein „Stresstest“ zur Sicherheit der EU-Gasversorgung habe ergeben, dass Haushalte in Estland nach einem halbjährigen kompletten Stopp russischer Lieferungen befürchten müssten, nicht mehr versorgt zu werden, sofern das Land auf sich allein gestellt bleibe, teilte die EU-Kommission mit. Auch das sei zu verhindern, wenn die EU-Staaten sich gegenseitig mit Gasreserven aushelfen und die Märkte so lange wie möglich frei arbeiten lassen.

> „Wir sind verletzlich“, sagte EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Aber die Ergebnisse des Stresstests zeigten, wo die kritischen Punkte seien und was die EU tun könne, um Lieferausfälle zu überbrücken. Sie machten Russland und anderen Ländern außerdem deutlich, dass es keinen Sinn habe, Gas als Druckmittel gegen die EU verwenden zu wollen. „Denn wenn es so wäre, wären wir vorbereitet“, so Oettinger. Derzeit importiert die EU 53 Prozent der von ihr verbrauchten Energie. Die Energieimportabhängigkeit für Erdgas liegt bei 66 Prozent. Fast die Hälfte des Primärenergieverbrauchs entfällt auf die Raumheizung und Warmwasserbereitung.

Deutschland hat viele Alternativen

Bei dem Stresstest wurden neben den EU-Staaten auch die Konsequenzen für die Länder der „Europäischen Energiegemeinschaft“ betrachtet. Als am verwundbarsten erwiesen sich Estland, Finnland, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, denen nach sechs Monaten 80 bis 100 Prozent der normalen Gasmenge fehlen würden. Das alles unter der Annahme, dass die Staaten auf sich alleine gestellt versuchen, die Ausfälle zu kompensieren. Helfen sich die Staaten gegenseitig, dann hätten zwar zum Beispiel Verbraucher in Lettland, wo es große Speicher gibt, weniger Gas zur Verfügung, aber dann könnte auch Estland einen Lieferstopp von sechs Monaten überstehen. Deutschland hätte dem Stresstest zufolge auch nach einem halben Jahr keine Probleme, da es über genügend alternative Gasquellen verfüge.

Die Kommission kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass ein russischer Lieferstopp am Ende dazu führen werde, dass der EU drei Prozent ihrer jährlichen Gasmenge fehlten. 78 Prozent der russischen Lieferungen könnten im Notfall ersetzt werden, etwa durch den vermehrten Import von Flüssiggas (LNG). Die EU verfüge über viel mehr LNG-Terminals und -Leitungen als bei der letzten Gaskrise 2009, sagte Oettinger. Auch die Gasspeicher habe die EU deutlich ausgebaut und diese seien derzeit zu rund 90 Prozent gefüllt. Das Stresstestszenario sieht weiter vor, dass die EU ihre eigene Gasproduktion um vier Prozent steigert und 13 Prozent mehr Gas aus Norwegen bezieht.

Neben gegenseitiger Solidarität fordert die Kommission die Staaten auch auf, im Krisenfall die Märkte möglichst lange ohne staatlichen Eingriff arbeiten zu lassen. Die steigenden Preise würden bewirken, dass Industrie und Haushalte den Verbrauch freiwillig etwas drosseln. Außerdem werde es dann lukrativ, auf alternative Brennstoffe wie etwa Biomasse umzusteigen.

Kommission vermittelt weiter im Gasstreit

Oettinger betonte, bei dem Stresstest handele es sich um ein theoretisches „Worst Case Szenario“ und es gebe „keinen Grund zur Annahme, dass unsere russischen Vertragspartner ihre Verpflichtungen nicht einhalten werden“. Um potenzielle Konflikte zu vermeiden bemühe sich die Kommission weiter darum, den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine lösen zu helfen. Dabei geht es um alte Rechnungen, die von Kiew noch nicht

bezahlt sind, und um den künftigen Gaspreis. Bei der jüngsten Verhandlungsrunde am 21. Oktober „haben wir einen weiteren Schritt zu einer möglichen Lösung gemacht und wir stehen kurz vor einer Einigung über wichtige Elemente“, sagte Oettinger. Gelöst werden müsse noch die Frage, wie die Ukraine neue Gaslieferungen von Russland bezahlen kann. Kiew hat die EU dabei um Unterstützung gebeten. Eine ausreichende Gasversorgung der Ukraine im Winter liegt auch deswegen im EU-Interesse, weil andernfalls Gas für die EU beim Transit durch die Ukraine abgezweigt werden könnte. Die nächsten Vermittlungsgespräche sind für den 29. Oktober in Brüssel geplant. (frh) >

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1162_de.htm

Erneuerbare Energien derzeit am stärksten gefördert

Gut ein Drittel der Subventionen für Energieträger werden in der EU zur Förderung Erneuerbarer ausgegeben. Das geht aus einer Studie im Auftrag der EU-Kommission hervor, die unter der Federführung der Beratungsfirma Ecofys erstellt wurde. Die Studie sei „eine Momentaufnahme“ der Energieförderung im Jahr 2012 und liefere erstmals einen Überblick über die Subventionen für die einzelnen Energiequellen, so die Kommission. Im Ländervergleich gab es in Deutschland über alle Energiearten hinweg mit über 25 Milliarden Euro die meiste staatliche Unterstützung.

BEKÄMPFUNG VON EBOLA

Ausbreitung der Seuche eindämmen und EU-Bürger schützen

Die EU-Staaten wollen mehr tun, um die weitere Ausbreitung der Ebola-Seuche in Westafrika einzudämmen und gleichzeitig die Bevölkerung in Westeuropa vor einem Überspringen der Krankheit zu schützen. Das vereinbarten EU-Außenminister, EU-Gesundheitsminister und weitere Experten bei verschiedenen Treffen in Brüssel und Luxemburg. Die EU-Kommission und die Weltgesundheitsorganisation WHO seien beauftragt worden zu überprüfen, wie die Ausreisebefragungen und Kontrollen von Passagieren aus Liberia, Sierra Leone und Guinea funktionierten, sagte EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg. „Guter Schutz vor Ort“ sei der beste Weg, Ansteckungen in der EU zu verhindern, erklärte auch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe.



Aufklärung der Bevölkerung – etwa durch die Warnung davor, tote Tiere anzufassen – ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz vor Ebola.

> Borg betonte, die Gefahr, dass sich Ebola in der EU ausbreiten kann, sei gering. Ob die Mitgliedstaaten auch Einreiseuntersuchungen an ihren Flughäfen einführen wollten, sei allein ihre Entscheidung. Großbritannien hat solche Kontrollen eingeführt, Frankreich hat sie für Direktflüge aus der Ebola-Region angekündigt, Tschechien und Belgien prüfen noch. In Deutschland kommen keine Direktflüge aus den drei Ländern an, und ob es sinnvoll ist, auch bei über Umsteigeverbindungen anreisenden Passagieren Fieber zu messen und Befragungen vorzunehmen, müsse noch geprüft werden, sagte Gröhe.

Borg lobte das Engagement der Helfer vor Ort, darunter europäische Nichtregierungsorganisationen. Die EU müsse aber noch mehr tun, sagte er. Die EU-Staaten diskutieren, wie neue freiwillige Helfer später auch wieder sicher nach Hause gebracht und im Notfall selbst behandelt werden können. Isolierzellen für Flugzeuge werden derzeit meist in den USA angemietet. Deutschland bemüht sich um eigene Kapazitäten und lässt einen Airbus umbauen, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Evakuierte Helfer können in Deutschland laut Gröhe gut betreut werden, auch Helfer aus anderen EU-Staaten, falls nötig.

EU-Workshop zum Umgang mit Patienten

Die EU-Kommission wird einen Workshop zum Umgang mit Ebola-Patienten in EU-Krankenhäusern organisieren. Dabei geht es auch darum, was man aus den Infektionen lernen kann, die es in den USA und Spanien gegeben hat.

In Westafrika engagieren sich etliche EU-Staaten. Experten sowie Krankenwagen, Hygieneprodukte und medizinische Isolierausrüstung wurden geschickt. Deutschland habe eine Luftbrücke eingerichtet, ferner würden durch Bundeswehr und Deutsches Rotes Kreuz mobile Kliniken und Laboratorien zur Diagnose eingerichtet, sagte Steinmeier. 74 freiwillige medizinische Helfer würden derzeit auf ihren Einsatz in Westafrika vorbereitet. Die EU-Außenminister wollen, dass ein EU-Koordinator auf eine effiziente Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten achtet und zum „Gesicht der EU“ im Kampf gegen Ebola wird, so Steinmeier.

Eine oft tödliche Seuche

Der Ebola-Virus kann durch Kontakt mit Körperflüssigkeiten lebender oder toter infizierter Menschen oder Tiere übertragen werden. Symptome zeigen sich nach zwei bis 21 Tagen. Sie sind zunächst ähnlich wie bei einer Erkältung. Später können Erbrechen, Durchfall, Fehlfunktionen von Organen und innere oder äußere Blutungen dazukommen. Rund die Hälfte der knapp 9.200 in Westafrika an Ebola erkrankten Menschen sind gestorben. Nicht übertragen werden kann der Virus laut EU-Kommission durch die Luft oder durch Personen ohne Krankheitssymptome. Auch für eine Übertragung durch Stechmücken gebe es keine Belege.

Die EU-Kommission ergänzt die Hilfe der einzelnen Mitgliedstaaten. Seit März hat sie die Mittel aus dem EU-Budget mehrmals aufgestockt und bisher insgesamt rund 180 Millionen Euro zur Unterstützung von Guinea, Sierra Leone, Liberia und Nigeria gewährt. „Über das EU-Katastrophenschutzverfahren trägt die Kommission dazu bei, dass die von den Mitgliedstaaten bereitgestellte Hilfe so schnell wie möglich an Ort und Stelle gelangen und diese schreckliche Epidemie bekämpft werden kann“, erklärte Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz.

Behandlungsmöglichkeiten weiter erforschen

Wie die Kommission weiter mitteilte, hat sie auch Informationen über die Gefahren durch Ebola formuliert und sich an der Erarbeitung von Plänen beteiligt, was zu tun ist, wenn es an Flughäfen oder in Flugzeugen Passagiere mit möglichen Symptomen gibt. Noch kann Ebola nicht wirksam behandelt werden. Die EU-Kommission macht über ein Sofortprogramm 24,4 Millionen Euro aus dem EU-Forschungsbudget verfügbar, um in fünf Forschungsprojekten die klinische Erprobung von möglichen Impfstoffen und Therapieformen zu beschleunigen. Sie arbeitet auf diesem Gebiet auch über die „Initiative für innovative Medizin“ mit der Industrie zusammen. (frh) >

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-599_de.htm

Junge Leute stellen ihre Visionen von Europa vor



Der Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR: Im November 1989 fiel die Berliner Mauer – die Menschen aus Ost und West konnten zueinander kommen.

> Sie findet auf Einladung der Deutschen Vertretung der EU-Kommission, des Informationsbüros des Europäischen Parlaments, der „Anrainer des Pariser Platzes“ und der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) statt und bringt 25-Jährige aus allen 28 Mitgliedstaaten mit Vertretern von Kommission, Europaparlament und Ministerrat ins Gespräch. Dazu kommen 28 Europäerinnen und Europäer des Jahrgangs 1964, die beim Mauerfall 25 Jahre alt waren. Während die 50-Jährigen von den Botschaften der EU-Staaten vorgeschlagen wurden, haben die 25-Jährigen an einem Videowettbewerb zum Thema „Welche Mauern müssen in Europa noch fallen?“ teilgenommen. Die Beiträge sind auf der unten angegebenen Internetseite zu finden.

Soziale Ungerechtigkeit überwinden

Für Samuel Acker, den ausgesuchten Vertreter aus Deutschland, sind es die Mauern der „sozialen Ungerechtigkeit“, die noch eingerissen werden müssen. In seinem Bewerbungsvideo fordert der Dortmunder, dass so viele Menschen wie möglich von der „wirtschaftlichen Stärke der EU profitieren“ müssen. Die Schere zwischen Arm und Reich habe sich in den vergangenen Jahren

Europäisches Manifest entsteht

Die bei der Generationenkonferenz entwickelten Visionen der EU sollen in ein Europäisches Manifest einfließen. Dieses wird dann an die Präsidenten von EU-Kommission, Europäischem Parlament und Europäischem Rat geschickt.

aber weiter geöffnet. Acker wünscht sich eine EU, in der mehr in Bildung investiert wird und in der Internet-Startups oder Unternehmen aus der Branche für erneuerbare Energie gefördert werden, damit sie mehr Arbeitsplätze schaffen können. Auf der anderen Seite müsse dafür gesorgt werden, dass sich „nicht so viele wohlhabende Leute der Besteuerung entziehen wie heute“, fordert Acker.

In der EU müsse eine „Atmosphäre ökonomischer Solidarität“ entstehen, und wirtschaftlicher Nutzen und Profite müssten gleichmäßiger verteilt werden. Diese müssten zu höherer Lebensqualität der Menschen beitragen und nicht nur die Menschen zu höheren Profiten. Der junge Dortmunder gibt sich in seinem Video überzeugt, dass „diese Mauern überwunden werden können“, ohne dass die Wirtschaftskraft der EU leidet.

Insgesamt 57 Videobeiträge wurden eingereicht, und die gerechte Verteilung des Reichtums war laut EBD häufig Thema. Ebenso wie der ungleiche Zugang zu Bildung oder die Unterschiede bei der Gesundheitsversorgung. Aber auch Stereotypen können „Mauern“ zwischen den EU-Bürgerinnen und Bürgern sein, betonten Teilnehmer aus Frankreich, Italien, Kroatien und Tschechien und auch Yuliyana Demireva aus Bulgarien, der zeigte, wie sich Vorurteile gegen Roma im Alltag auswirken können. Unterschiedliche Sprachen müssen dagegen keine Mauern zwischen Europäern sein, solange man sich gegenseitig respektiert, sagte die Belgierin Sofie Andries. Sie sieht sich durch die Erfahrungen in ihrem Heimatland bestätigt.

Im November vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. In der Folge wurde die Vision eines zusammenwachsenden Europa Realität: Elf Staaten wurden EU-Mitglieder, die zuvor 40 Jahre lang durch den Eisernen Vorhang von der Europäischen Union getrennt waren. Welche Mauern heute in Europa noch eingerissen werden sollten und welche Visionen von der EU junge Menschen haben, die im Jahr des Mauerfalls geboren wurden, das soll auf einer „Generationenkonferenz“ am 2. November in Berlin diskutiert werden.

Auch Öffentlichkeit kann mitdiskutieren

Samuel Acker, der in Bochum im Master European Culture and Economy studiert und nebenbei als Journalist arbeitet und dessen Interesse für EU-Themen schon während seines Bachelors geweckt wurde, erwartet sich von der Berliner Konferenz viele interessante Begegnungen und Aufschlüsse darüber, wie die europäische Integration in anderen Ländern gesehen wird. Besonders spannend findet er das geplante Treffen mit den 50-jährigen Zeitzeugen des Mauerfalls, weil die berichten könnten, was sie damals für Erwartungen an die deutsche und die europäische Einigung hatten und was daraus geworden ist. „Das sind Leute, die zu dem Themengebiet Grenze noch einen ganz anderen Bezug haben als wir 25-Jährige, die wir den Mauerfall höchstens als Kleinkinder erlebt haben“, sagte er.

Ergänzt werden die Diskussionen durch ein Gespräch mit dem Zeitzeugen Siegfried Schefke, einem Akteur der friedlichen Revolution von 1989 in der ehemaligen DDR. Außerdem besuchen die Teilnehmer historische Orte in Berlin, wie die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße. Die Essenz ihres Gedankenaustausches bringen die 25- und 50-Jährigen dann in die öffentliche Abschlussdiskussion ein. Daran nehmen neben Bürgerinnen und Bürgern auch der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Richard Kühnel, der Europaabgeordnete Michael Cramer (Grüne) und Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, teil. (frh) >

http://ec.europa.eu/deutschland/wallfall25_de.htm

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 24.10.2014 12.00–14.00 Uhr	„Which Policy for Europe? – Power and Conflict inside the European Commission“ Öffentliche Buchpräsentation und Diskussion Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20141024_which_policy_de.htm
> 25.10.2014 15.00–19.30 Uhr	„Zum Miteinander von Menschen aus Afrika und aus Europa“ Debatte Veranstalter: Deutsch-Französisches Kulturinstitut Aachen	DFKI Gartensaal Theaterstraße 67 52062 Aachen	www.institutfrancais.de/aachen/kalender-1199/debatten-2782/zum-miteinander-von-menschen-aus-34857.html?lang=de
> 28.10.2014 19.00 Uhr	„This time it's different?!“ Das Europäische Parlament nach der Wahl, die Kommission vor neuen Herausforderungen Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V., Institut für Europäische Studien der TU Chemnitz	TU Chemnitz Rühlmann-Bau Reichenhainer Str. 70 09126 Chemnitz	www.europa-union.de
> 30.10.2014 18.00–20.00 Uhr	„Umweltpolitik im europäischen Kontext“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union Deutschland, Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Villa Clementine Wilhelmstraße 19 65183 Wiesbaden	www.europa-union.de
> 30.10.2014 18.30–20.30 Uhr	„Wandel durch Handel? Die Debatte um TTIP“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäisches Informationszentrum Berlin, Europa-Union Berlin e.V., Europäisches Dokumentationszentrum der Freien Universität Berlin	Seminarzentrum FU Berlin Otto-von-Simon-Straße 26 14195 Berlin-Dahlem	www.eu-ifozentrum-berlin.de/veranstaltungen
> 30.10.2014 19.00 Uhr	„Drama um die Ukraine“ Welche Rolle sollte die EU in ihrer Nachbarschaft spielen? Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Hamburg, europe direct Info-Point Europa	Universität Hamburg Edmund-Siemers-Allee 1 20146 Hamburg	www.infopoint-europa.de
> 31.10.2014 13.00–14.30 Uhr	„Das TTIP-Abkommen – Spagat zwischen Freihandel, Verbraucherschutz und Transparenz“ EP-Berichterstattung im Dialog mit Bernd Lange (MdEP) Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, Netzwerk EBD	Informationsbüro des Europäischen Parlaments Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/?s=event-date=1414710000
> 02.11.2014 15.30 Uhr	„Mein Europa 1989, heute & morgen: So will ich Europa!“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europarl.de/de/aktuell_presse/veranstaltungen/weitere_veranstaltungen/25_jahre_mauerfall.html;jsessionid=D1A66D8A3FA1322EEA25979E98E19FAD
> 04.11.2014 11.00–18.00 Uhr	„Ausbildung 'Made in Germany' – weltweit gefragt!“ Kongress zur Beruflichen Bildung und internationalen Fachkräftegewinnung Veranstalter: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg	Landesmesse Stuttgart GmbH – C1.2.1 Messeplatz 1 70629 Stuttgart	www.berufsausbildung-weltweit.de
> 05.11.2014 18.00 Uhr	„Behält die EU ihre Vorreiterrolle für den Klimaschutz?“ Vortrag und anschließende Diskussion mit Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/verliert-die-eu-die-vorreiterrolle-fuer-den-klimaschutz/

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Bob-van-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

EUROPEAN BORDER BREAKER AWARDS FÜR POPMUSIK

Kasseler Duo „Milky Chance“ ist unter den zehn Preisträgern

Die zwei jungen Kasseler Musiker Clemens Rehbein und Philipp Dausch, in der Szene bekannt als „Milky Chance“, gehören zu den zehn europäischen Pop-, Rock- und Dancekünstlern, die von EU-Kommission und Eurosonic Noorderslag mit dem European Border Breakers Award (EBBA) 2015 ausgezeichnet werden. Ihr in der heimischen Wohnung produziertes Debütalbum „Sadnecessary“ feierte per Internet Erfolge in ganz Europa, der Song „Stolen Dance“ schaffte Top-Platzierungen in den Charts von Deutschland und sieben weiteren europäischen Ländern. Genau dafür – grenzüberschreitender Erfolg mit internationalen Debüts – wird der EBBA verliehen.

Die Preise werden am 14. Januar bei einem Festival in Groningen überreicht. Dann gibt es auch noch einen Publikumspreis. Wer an der Abstimmung darüber auf der EBBA-Webseite teilnimmt, kann eine Reise zur Preisverleihung gewinnen.

■ <http://www2.europeanborderbreakersawards.com/de/>

IT-FIRMEN STELLEN ONLINE-KURSE BEREIT

Schulkindern die Geheimnisse des Programmierens erklären

Im Jahr 2020 könnten in der EU rund eine Million Computerfachleute fehlen, befürchten Experten. Das könnte bedeuten, dass Europa bei der Entwicklung der zukunftsweisenden digitalen Wirtschaft zurückfällt. Damit das nicht geschieht, haben EU-Kommission und Informationstechnologiefirmen 2013 eine „Große Koalition für digitale Arbeitsplätze“ auf den Weg gebracht, die sich unter anderem dafür einsetzt, Kindern in der Schule – auch schon in der Grundschule – das Programmieren beizubringen.



„Das Programmieren ist die neue Grundkompetenz – für Mädchen ebenso wie für Jungen“, erklärte Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda. In sieben EU-Staaten ist Programmieren inzwischen Pflichtfach in der Schule, in fünf Staaten Wahlfach. Deutschland ist nicht darunter. Um Lehrern und Schülern neue Lernmöglichkeiten zu bieten, haben IT-Firmen wie Microsoft, Facebook, SAP und Rovio nun eine Internetplattform (siehe Adresse unten) gegründet, die Zugang zu Einführungskursen in das Programmieren und weiteren Informationen bietet.

■ <http://code.org/>

ÜBERSICHT ÜBER STUDIENGEBÜHREN

Unterschiede in Europa sind beträchtlich

Studentinnen und Studenten, die Auslandssemester in anderen europäischen Ländern planen, können sich durch eine neue Übersicht des Eurydice-Netzwerks informieren, mit welchen Studiengebühren sie rechnen müssen. Diese fallen sehr unterschiedlich aus. Keine Studiengebühren erheben öffentliche Hochschulen in Deutschland und noch neun weiteren der 33 untersuchten Länder. Am teuersten kann das Studieren in England werden, und relativ hohe Gebühren im Voraus zahlen Studierende in Irland, Italien, Lettland, Litauen, Ungarn, den Niederlanden und Slowenien.

Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, forderte die Mitgliedstaaten auf, bei der Einführung von Studiengebühren auch immer Fördermöglichkeiten vorzusehen, um einen gleichberechtigten Zugang zur Hochschulbildung, insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche, zu ermöglichen. Auch die Fördersysteme sehen ganz unterschiedlich aus, wie sich in der Übersicht nachlesen lässt.

■ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12783_de.htm

SCHUTZ VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Denis Mukwege bekommt den Sacharow-Preis 2014

Der vom Europäischen Parlament seit 1988 vergebene Sacharow-Preis für geistige Freiheit geht in diesem Jahr an den Gynäkologen Denis Mukwege aus der Demokratischen Republik Kongo. Das haben Parlamentspräsident Martin Schulz und die Fraktionsvorsitzenden entschieden. Damit werde der Einsatz des 59-jährigen für Frauen und Mädchen gewürdigt, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Mukwege hat für diese in seiner Heimat das Panzi Krankenhaus in Bukavu gegründet, wo er an zwei Tagen in der Woche operiert. In vielen bewaffneten Konflikten würden Vergewaltigungen als Waffe eingesetzt, so auch im Kongo, teilte das Europaparlament mit.

Mit dem Sacharow-Preis werden Menschen oder Organisationen geehrt, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. Er ist nach dem sowjetischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt und mit 50.000 Euro dotiert. Dieses Jahr wird der Preis am 26. November in Straßburg verliehen.

■ <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141016STO74202/html/Gyn%C3%A4kologe-Denis-Mukwege-Gewinner-des-Sacharow-Menschenrechtspreises-2014>